

Europa Monitor

Nr. 5 im 2023



Schweden

Schweden bereitet sich darauf vor, noch nicht NATO-Mitglied zu werden

Der schwedische Ministerpräsident hat bekräftigt, dass sein Land sich darauf vorbereite, erst nach Finnland der NATO beitreten zu können. Das sagte Ulf Kristersson gestern auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Bundeskanzler Olaf Scholz in Berlin. Die Anzeichen der vergangenen Wochen deuteten darauf hin, dass die Türkei sich darauf vorbereite, den finnischen Beitritt vor dem schwedischen zu ratifizieren. „Wir sind auch auf diese Situation vorbereitet.“ Man mache aber kein Geheimnis daraus, dass Schweden ein gemeinsa-



Scholz und Kristersson in Berlin / Photo: ZDF

mer Beitritt mit Finnland lieber wäre. „Wir glauben, dass wir zur Ratifizierung bereit sind. Aber wir respektieren, dass nur die Türkei türkische Entscheidungen treffen kann“, sagte er. Scholz bekräftigte, dass Deutschland einen raschen NATO-Beitritt beider Länder wolle. Gemes-

sen an der Dauer, handle es sich auch um einen schnellen Beitrittsprozess. „Aber wir haben schon das Ziel, dass das jetzt auch bald etwas wird und dass Schweden ganz schnell Mitglied der NATO wird“, sagte er. „Das ist gut für Schweden, das ist gut für die NATO und unser Bündnis, das seine Wichtigkeit und Bedeutung in den letzten Monaten noch mal ganz neu unterstrichen hat.“ Schweden und Finnland hatten nach dem russischen Angriff auf die Ukraine mit ihrer langen Tradition der militärischen Bündnisfreiheit gebrochen und im Mai vergangenen Jahres gemeinsam die Mitgliedschaft in der NATO beantragt. Allerdings hatte der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan Widerstand gegen den Beitritt angekündigt. Neben einem Embargo der Schweden für Rüstungsexporte an die Türkei gehörte der Umgang mit kurdischen Aktivisten zu den Kritikpunkten. Nach einer Einigung der drei Länder verschärfte Schweden unter anderem die Terrorgesetzgebung, die Türkei aber sieht die Punkte aus der Einigung bis heute nicht vollständig umgesetzt und fordert die Auslieferung von kurdischen Aktivisten. Zuletzt machte Erdogan deutlich, die Finnen schon vor den Schweden passieren lassen zu können. 28 von 30 NATO-Staaten haben den Beitritt von Finnland und Schweden ratifiziert, nur Ungarn und die Türkei noch nicht.

Finnlands Präsident Sauli Niinistö wird derweil an diesem Donnerstag in der Türkei erwartet. Zunächst steht ein Besuch in der südosttürkischen Erdbebenregion an, für Freitag dann ein Treffen mit Erdogan in Istanbul. Bei dem Arbeitsbesuch soll es unter anderem um die bilateralen Bezie-

hungen zwischen den beiden Ländern sowie um die NATO-Beitritte von Finnland und Schweden gehen.

Europäische Union

EU kritisiert italienische Migrationspolitik

In der Europäischen Union kommt es zu neuen Spannungen, weil Italien nicht mehr bereit ist, die Regeln der Dublin-Verordnung einzuhalten. Rom lehnt es seit Anfang Dezember ab, Asylbewerber zurückzunehmen, die ihren Antrag in Italien stellen müssen. Die deutsche Innenministerin sagte nach einem Treffen der EU-Innenminister, sie habe von Italien eingefordert, dass es sich wieder an geltendes Recht halte. Ihr französischer Kollege meinte, das Dublin-System „funktioniert quasi gar nicht mehr in einigen Ländern, vor allem in Italien“. Diese Staaten hätten das System für „tot“ erklärt.



EU-Innenminister in Brüssel / Photo: Reuters

Deutschland, Frankreich und fünf weitere Länder mahnten in einer gemeinsamen Erklärung zur „loyalen Zusammenarbeit“. Andernfalls bestehe die Gefahr, „dass öffentliches Vertrauen in europäische Lösungen schwindet“. Der Konflikt belastet die Verhandlungen über eine Reform des EU-Asylrechts. „Wir müssen bis Sommer dort weiter vorankommen“, sagte die Deutsche. Sie bot an, Migranten in Deutschland aufzunehmen, die ein schweres Schiffsunglück vor der süditalienischen Küste überlebt haben. „Diese Solidarität fordere ich von anderen aber eben auch ein“, fügte sie hinzu.

Nach geltendem Recht müssen Asylbewerber ihren Antrag im ersten EU-Staat stellen, den sie erreichen. Wenn sie weiterreisen, ist dieser Staat verpflichtet, sie bis zu sechs Monate nach ihrer Einreise zurückzunehmen. Diese Kooperation gestaltet sich schon seit Langem schwierig. In

Deutschland wurden 2022 nur 362 Personen nach Italien rücküberstellt, bei mehr als 14.000 Gesuchen und mehr als 9.000 bewilligten Anträgen. Nach Griechenland wurden nur fünf Personen überstellt, weil deutsche Gerichte die Unterbringung von Asylbewerbern dort für unzumutbar halten.

EU-Innenkommissarin Ylva Johansson äußerte sich zum neuen Gesetzentwurf der britischen Regierung zur Änderung des Asylrechts. Dieses verstoße gegen internationale Verpflichtungen des Landes. Die Regierung will irregulär eingereiste Migranten nach Ruanda deportieren – ohne ihren Asylanspruch zu prüfen. Frankreichs Innenminister sagte, die geplante Reform dürfe „keine negativen Folgen für unsere bilateralen Beziehungen haben“.

Türkei

Wahltermin bleibt

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan hält trotz der Erdbebenkatastrophe am 14. Mai als Termin für die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen fest. Vor der Parlamentsfraktion der AKP sagte er: „Diese Nation wird, so Gott will und die Zeit naht, am 14. Mai das Nötige tun.“ Die Wahlen müssen gemäß der Verfassung bis zum 18. Juni stattfinden. Erdogan kann den Wahltermin als Präsident per Dekret und auch ohne Zustimmung des Parlaments festlegen. Als Versuchsballon hatte der frühere stellvertretende Ministerpräsident Bülent Arinc am 13. Februar vorgeschlagen, die Wahlen bis März 2024 zu verschieben. Auf den Einwand, dass die Verfassung dies nicht zulasse, erwiderte Arinc, Verfassungen seien keine heiligen Schriften.

Der Hohe Wahlrat hat inzwischen erklärt, dass trotz der Katastrophe die Wahlen rechtmäßig ab-



Das türkische Oppositionsbündnis / Photo: EPA

gehalten werden könnten. Auch der Vorsitzende der größten Oppositionspartei CHP, Kemal Kilicdaroglu, sagte, man habe genügend Zeit, um die Infrastruktur für die Wahlen bereitzustellen. In den von dem Beben betroffenen Provinzen hatten 14 Millionen Menschen gelebt, Millionen haben die Region seither verlassen. Die Zahl der Toten ist nach wie vor unklar, Zahlen von Vermissten werden weiterhin nicht veröffentlicht. Erdogan selbst teilte am Mittwoch mit, dass mehr als 200.000 Gebäude entweder völlig kollabiert seien oder aufgrund von Schäden abgerissen werden müssten.

Türken in Europa dürfen ab 27. April wählen

Türkische Staatsbürger außerhalb des Heimatlandes können ab dem 27. April ihre Stimmen für die Parlaments- und Präsidentenwahlen im Mai abgeben. Die Wahl an den Grenzübergängen und im Ausland beginne am 27. April und ende am 9. Mai, teilte die Wahlbehörde YSK am Dienstag mit. In der Türkei selbst wird, wie bereits erwähnt, am 14. Mai gewählt. Sollte bei der Präsidentenwahl kein Kandidat gewinnen, kommt es am 28. Mai zu einer Stichwahl. In dem Fall können türkische Staatsbürger im Ausland zwischen dem 20. und 24. Mai abstimmen, wie die YSK mitteilte. Umfragen zufolge ist Erdogans Wiederwahl alles

andere als sicher. Vergangene Woche hatte ein Bündnis aus sechs Parteien den Oppositionsführer Kemal Kilicdaroglu (74) als Gegenkandidaten aufgestellt. Kleinere Parteien wollen ebenfalls Kandidaten registrieren. Ob die wichtige prokurdische Partei HDP einen eigenen Kandidaten aufstellt oder zugunsten Kilicdaroglus darauf verzichtet, ist noch unklar.



Pro-Erdogan Wahlkämpfer / Photo: dpa

Für die Parlamentswahlen tritt sowohl Erdogans islamisch-konservative Regierungspartei AKP als auch Kilicdaroglus Mitte-Links Partei CHP in Bündnissen mit anderen Parteien an. Wichtigster Partner für Erdogan ist die ultranationalistische MHP, für Kilicdaroglu die nationalkonservative İYİ-Partei.